

# Die Kurden zwischen den Fronten

Von der Türkei verfolgt - in Deutschland verboten

## Informationsveranstaltung

am Mittwoch,

den 26. Januar

um 19.30 Uhr

in der Bessunger  
Knabenschule,  
Ludwigshöhstr. 42

Darmstadt

Es sprechen:

**ein Vertreter des kurdischen  
Zentrums Frankfurt**

über den Krieg in Kurdistan und die  
kurdischen Vereine in Deutschland

**ein Rechtsanwalt, Frankfurt**

Kläger gegen das sogenannte PKK-  
Verbot

**Heidi Hinz-Karadeniz, Gießen,**

**Heyva Sor a Kurdistan  
(Kurdischer Roter Halbmond)**

über die Lage der Menschenrechte in  
Kurdistan und humanitäre Hilfsprojekte

**Peter Rotenhöfer, Koblenz**

mit aktuellem Augenzeugenbericht aus  
dem kurdischen Kriegsgebiet

*"Vernichten, liquidieren,  
ausrotten"*

Diese Worte verwenden die türkische Ministerpräsidentin Ciller und der türkische Generalstabschef Güres öffentlich im Zusammenhang mit den Kurden. Der nationale Sicherheitsrat der Türkei bezeichnet die kurdische Bevölkerung als "terroristisch" und kündigt ihr den "Vernichtungskrieg" an. Das sind keine leeren Drohungen, diese Sprache ist Programm.

Im Laufe seiner jüngsten Offensive in Kurdistan hat das türkische Militär nicht nur mehrere Städte zusammengeschossen, sondern auch 800 (achthundert!) Dörfer zerstört. Dabei werden die Bewohner zusammengetrieben, geschlagen, erniedrigt, weggejagt. Frauen werden von Soldaten verschleppt und vergewaltigt. Die Häuser, Felder, Ernten und Vorräte gehen in Flammen auf, das Vieh wird erschossen. Mittlerweile sind 1,7 Millionen Menschen auf der Flucht. Die türkische Regierung versucht, ähnlich wie Saddam Hussein Ende der 80er Jahre, das "Kurdenproblem" durch die systematische Vernichtung kurdischen Lebensraumes zu "lösen".

Die türkische Polizei verfolgt die politische Opposition, verhaftet willkürlich und foltert routinemäßig. Todesschwadronen ermorden ungestraft kurdische Politiker, Journalisten und Anwälte. Zeitungsjungen werden mit Beilen erschlagen. Menschenrechte sind außer Kraft. Viele kurdische Jugendliche ertragen die Demütigungen nicht länger und gehen "in die Berge". Die brutale Unterdrückungspolitik der türkischen Regierung hat bewirkt, daß heute der bewaffnete Widerstand der PKK von großen Teilen der kurdischen Bevölkerung unterstützt wird.



## *Schützenhilfe aus Deutschland*

Der Krieg gegen die Kurden zerüttet die türkischen Staatsfinanzen, allein 1993 kostete er 13 Milliarden Mark (FR 23.11.93). Ohne ausländische Unterstützung könnte die Türkei ihre Kriegsmaschinerie nicht am Laufen halten. Deutschland ist der wichtigste Handelspartner der Türkei und nach den USA ihr größter Waffenlieferant. Die Bundesregierung genehmigte nicht nur Rüstungsexporte in die Türkei im Werte von 3,7 Milliarden Mark (1985-1991), sondern finanzierte auch seit 1980 direkt die Aufrüstung des NATO-Partners Türkei mit knapp 4 Milliarden Mark aus Steuergeldern. Zusätzlich lieferte die Bundesregierung kostenlos Panzer, Flugzeuge, Gewehre, Munition, Abschlußgeräte für Giftgas etc. im Werte von mehreren Milliarden Mark aus Beständen der Bundeswehr und der NVA. Die NVA-Lieferungen wurden im Bundestag als "Abgaben im Rahmen humanitärer Hilfe" deklariert. Diese Waffen werden gegen die kurdische Bevölkerung eingesetzt.

Über die militärische Unterstützung hinaus macht sich die Bundesregierung zum Erfüllungsgehilfen türkischer Politik: vorbereitet durch eine enge Zusammenarbeit türkischer und deutscher Geheimdienste wurden Ende November 1993 die PKK und 29 kurdische Arbeiter- und Kulturvereine in Deutschland verboten. Als Vorwand dienten Anschläge gegen türkische Einrichtungen in der Bundesrepublik anlässlich der Bombardierung der kurdischen Stadt Lice durch die türkischen Truppen.

Das Verbot geht über eine Strafverfolgung weit hinaus; es signalisiert vielmehr den Scharfmachern in der türkischen Regierung politische Unterstützung für ihren Konfrontationskurs. Das Verbot richtet sich ebenfalls gegen hundertausende von Kurdinnen und Kurden in der Bundesrepublik, die damit

ihrer demokratischen Rechte beraubt und politisch eingeschüchtert werden. Die Illegalisierung von kurdischen Kultur- und Sportzentren, Frauenvereinen, Zentren für muttersprachlichen Unterricht, einem Verlag und einer unabhängigen Nachrichtenagentur ist eine Angleichung an die Verfolgungs- und Unterdrückungspraxis in der Türkei.

Durch das Verbot der PKK wird das Recht auf Asyl in Deutschland vollends pervertiert: war bisher die politische Verfolgung durch den türkischen Staat ein Grund für die Gewährung von Asyl, wird sie jetzt zum möglichen Grund für die Abschiebung. Laut Amnesty International erwartet abgeschobene Asylbewerber in der Türkei Verhaftung und Folter. Die deutschen Behörden werden zum verlängerten Arm der türkischen Polizei.

## *Ein Schritt in Richtung autoritärer Staat*

Die Politik der deutschen Bundesregierung ist menschenfeindlich und richtet sich gegen den Frieden im Nahen Osten. Durch Rüstungshilfe für die türkischen Militärs, durch das Schweigen zu Menschenrechtsverletzungen, staatlichen Morden und ethnischen Säuberungen in Kurdistan, durch das Verbot kurdischer Vereine und Organisationen in Deutschland und durch die Abschiebung kurdischer Flüchtlinge ergreift die Bundesregierung eindeutig Partei für die Kriegstreiber in der Türkei. Damit leisten Kohl, Kinkel, Kanter & Co. Beihilfe zum Völkermord in Kurdistan.

Mit der Kriminalisierung politisch mißliebiger Ausländervereine schafft die Bundesregierung einen gefährlichen Präzedenzfall, der nicht nur die Kurdinnen und Kurden betrifft. Die Einschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und der Organisationsfreiheit richtet sich tendenziell gegen alle, die in Opposition zur Politik der Regierung stehen.

---

### **Veranstalter und Unterstützer:**

Darmstädter Solidaritätskomitee Kurdistan e.V., Kurdisch-deutscher Freundschafts- und Kulturverein HEVI (Reinheim), Kurdische Gemeinde Darmstadt e.V., AStA der TH Darmstadt